



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 132. Ratssitzung vom 26. Februar 2025

### 4307. 2024/456

#### Weisung vom 25.09.2024:

#### Entsorgung + Recycling Zürich, Kreislaufwirtschaft, temporäres Angebot für Kreislaufwirtschaft «Josy», neue einmalige Ausgaben

Antrag des Stadtrats

1. Für das temporäre Angebot 2025–2028 für Kreislaufwirtschaft «Josy» werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 5 355 000.– bewilligt (Preisstand: April 2024 gemäss dem Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2024 (Institution [3550] und [3552]) werden folgende Positionen angepasst:

IM-Position	Konto	Budget 2024 bisher Fr.	Kreditüber- tragung Fr.	Budget 2024 neu: Fr.
(3550)550004 Recyclinghof Josefstrasse: Neubau	5040 00 000 Hochbauten	830 000	–830 000	0
(3552)500001 Recyclinghof Josefstrasse: Neubau	5040 00 000 Hochbauten	0	+830 000	830 000
(3550)550004 Recyclinghof Josefstrasse: Neubau	5060 00 000 Mobilien	260 000	–260 000	0
(3552)500001 Recyclinghof Josefstrasse: Neubau	5060 00 000 Mobilien	0	+260 000	260 000

Referat zur Vorstellung der Weisung:

**Beat Oberholzer (GLP):** Alle im Rat vertretenen Parteien haben dem Artikel 106a der Kantonsverfassung, der die Kreislaufwirtschaft betrifft, im September 2024 zugestimmt.



*Auch die Stimmbevölkerung sagte Ja. Der Artikel besagt, dass die Gemeinden Massnahmen zur Vermeidung von Abfall und Schliessung von Stoffkreisläufen treffen müssen. Die Stadt schaffte in der Verordnung für Abfallbewirtschaftung entsprechende Möglichkeiten. Zusätzlich verabschiedete der Stadtrat die Kreislaufwirtschaftsstrategie mit dem Namen «Circular Zürich». Verschiedene Massnahmen zur Schliessung der Stoffkreisläufe wurden bereits umgesetzt oder geplant. Andere Massnahmen sind nicht einfach umsetzbar. In der Strategie wird deshalb die Wichtigkeit von Pilotprojekten und Kooperationsplattformen in den Bereichen Lagerung, Logistik, Teilen, Reparieren und Recycling betont. Auf dem Josefareal bietet sich der Stadt die Gelegenheit, in den nächsten vier Jahren ein solches Projekt zu realisieren. Die Kehrichtverbrennungsanlage wird zurückgebaut, die permanente Nutzung des Areals ist noch nicht fertig geplant. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) prüfte an diesem Standort einen Recyclinghof, der wegen zu viel Lärm und Verkehr verworfen wurde. Beim Kreislaufwirtschaftsangebot «Josy» sollen gut erhaltende Gegenstände weitergegeben, selten benötigte Artikel ausgeliehen, defekte Dinge repariert werden können. Zudem sollen Dienstleistungen zur Abfallverminderung und -vermeidung ausprobiert werden können. Die Erkenntnisse daraus sollen in den Betrieb künftiger Recyclinghöfe wie zum Beispiel dem Recyclingzentrum Juch-Areal einfließen. Vieles am Vorhaben ist noch vage. Zwei der sechs Module – Wiederverwendung und Entsorgung – werden von ERZ, drei weitere – Reparatur, Ausleihe, Ernährung – werden von Dritten betrieben. Das sechste Modul – Wissensvermittlung – wird von ERZ und Dritten gemeinsam betrieben. Die Flächen im «Josy» werden Dritten kostenlos zur Verfügung gestellt. Sie werden ausgeschrieben und das ERZ wählt die Kandidat\*innen anhand der Raumbörsenpraxis bei Zwischennutzungen aus. Dritte erbringen die Leistung auf eigene Rechnung. Sie sollen dazu motiviert werden, Waren aus der Triage zu entnehmen und für ihre Zwecke einzusetzen. Zusätzlich kann das ERZ die Umsetzung vielversprechender Konzepte unterstützen, indem Ausrüstungen oder finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, wie es in Artikel 4 der Verordnung für Abfallbewirtschaftung vorgesehen ist. Sechs Personen werden für den Pilotbetrieb befristet eingestellt. Diese Personalkosten sind der grösste Kostenpunkt mit rund 2 Millionen Franken über die gesamte Laufzeit. Zusammen mit den anderen Kosten und der Reserve belaufen sich die Gesamtkosten auf 5,355 Millionen Franken, die der Stadtrat dem Gemeinderat zur Genehmigung beantragt. Die Kosten für «Josy» können nicht dem Eigenwirtschaftsbetrieb «ERZ Abfall» zugewiesen werden, weil das Bundesgesetz für Umweltschutz es noch nicht erlaubt, auch Massnahmen für Reparatur und Tausch über die Abfallgebühr zu finanzieren. Der Betrag muss deshalb im Buchungskreis «ERZ Abfall allgemein» verbucht und durch Steuermittel finanziert werden. Die Geschäftsleitung und Parlamentsdienste haben festgestellt, dass Dispositivziffer 2 – die Budgetübertragung – nicht zulässig ist, weil sie rückwirkend auf das Jahr 2024 Einfluss nehmen würde. Wir entschuldigen uns, dass dies nicht bereits in der Kommissionsberatung auffiel. Um eine «berichtigte Version» handelt es sich aufgrund eines anderen Fehlers: Auf Seite 11 ist der Einnahmeverzicht «inklusive Mehrwertsteuer» angegeben, im ursprünglichen Text stand fälschlicherweise «ausschliesslich Mehrwertsteuer». Diese Berichtigung wurde vor der Kommissionsberatung vorgenommen und transparent erklärt.*



Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag:

**Johann Widmer (SVP):** Die Kreislaufwirtschaft finden wir ökonomisch und ökologisch sinnvoll, weshalb wir in den Abstimmungen immer dafür waren. Das vorliegende Geschäft ist jedoch eine grün-linke Problemlösung eurer Versagenspolitik. Ihr habt keine Ahnung: Niemand weiss, wie Kreislaufwirtschaft definiert ist und wie ein solches Problem angegangen werden muss. Stattdessen wird ein wohlklingendes Projekt für mehrere Millionen umgesetzt. Wir stellen deshalb den Rückweisungsantrag. Der Stadtrat soll innerhalb von 12 Monaten eine neue Weisung vorlegen, in der der Betrieb ausgewiesen wird. Ich möchte im Detail wissen, wie das Projekt betrieben wird, die Organisationsstruktur aussieht, das Resultat konkret aussehen soll und wie die externen Stellen in den Bereichen Ausleihe, Reparatur und Besucherkoordination koordiniert werden. Dazu steht kein Wort. Chaos wird ausbrechen, das Budget gesprengt. Die Industrie kann sich eine solche Kreislaufwirtschaft nie leisten, ihr jedoch könnt das Geld zum Fenster hinauswerfen. Auch die Betriebsrisiken müssen ausgewiesen werden. Was passiert, wenn etwas schlecht repariert wird und Schäden entstehen? Die Weisung ist zurückzuweisen.

Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag / Kommissionsmehrheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1 und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2:

**Beat Oberholzer (GLP):** Die Kommissionsmehrheit besteht aus den Fraktionen SP, Grüne, GLP, Die Mitte/EVP und AL. Diese anerkennt, dass die Stadt im Umfeld der Kreislaufwirtschaft solche Pilotprojekte durchführen soll. Das ERZ soll diesen Handlungsspielraum erhalten, auch wenn noch nicht jedes Detail ausgewiesen werden kann. Eine motivierte Rückweisung mit den zuvor gehörten Forderungen wäre aus Sicht der Mehrheit nicht umsetzbar, vor allem nicht auf dem Josefareal. Die Mehrheit der Kommission bittet deshalb um Ablehnung des Rückweisungsantrags.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1 und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2:

**Dr. Emanuel Tschannen (FDP):** Ich fasse den Ablehnungsantrag der Minderheit zu den Dispositivziffern 1 und 2 zusammen, wobei Dispositivziffer 2 sich mittlerweile erledigt hat. Der Stadtrat beantragt zur Förderung der Kreislaufwirtschaft im Rahmen des Pilotprojekts «Josy» einmalige Ausgaben in der Höhe von rund 5,3 Millionen Franken. Die FDP unterstützt die Kreislaufwirtschaft und den effizienten Einsatz von Ressourcen. Wir unterstützen nachhaltige und marktaugliche Massnahmen zur Erhöhung der Quote der rückführbaren und wiederverwertbaren Güter. Das Pilotprojekt «Josy» erfüllt diese Kriterien nicht. Mit dem Pilotprojekt soll die Nachfrage mit einem teuren Angebotswecker aus dem Tiefschlaf geholt werden. Dieser Wecker kann und wird nie läuten. Die ursprüngliche, sinnige Idee der Verwaltung, auf dem Josefareal einen temporären Recyclinghof einzurichten, wurde verworfen, weil er zu viel Lärm und Verkehr verursachen würde. Man machte sich deshalb auf die Suche nach einer Zwischennutzung. Die Lösung liegt in der Fusion einer Tauschbörse mit einer Reparaturwerkstatt und dem Verleih von selten benötigten Artikeln. Während die Anlieferung von Sperrgut aufgrund des



*CO<sub>2</sub>-Ausstosses und Lärms nicht mit dem Auto erfolgen darf, dürfen die selten benötigten Artikel mit dem Auto abgeholt werden. Dafür wird ein Kurzparkplatz zur Verfügung gestellt. Das ist absurd. Der Fusionsansatz der Verwaltung erinnert an einen Marktplatz im mittelalterlichen Dorf, auf dem eine immobile Tausch- und Reparaturgesellschaft ihre bescheidenen Ressourcen zu optimieren versucht. Dieser Ansatz wird sich 2025 nicht durchsetzen. Niemand wird von Zürich-Oerlikon oder Witikon zum «Josy» fahren, um die Kreislaufwirtschaft zu unterstützen. Das angestrebte Ziel ist kein zentraler Triage-, Reparatur- und Recyclinghof, sondern eine Kreislaufwerkstatt pro Quartierblock. Die Verwaltung bezweckt mit dem Pilotprojekt keinen wirtschaftlichen, ökologischen oder sozialen Effekt. Es geht bloss darum, die Nachfrage für eine staatliche Kreislaufwerkstatt zu schaffen. Das Ergebnis des Pilotprojekts ist absehbar: Das Angebot muss breit über die ganze Stadt ausgerollt werden, um die schlafende Nachfrage zu erreichen. Alle zum «Josy» gebrachten Güter dürfen unentgeltlich abgegeben werden, während dies andernorts als Verstoß gegen das Verursacherprinzip qualifiziert wird. Die Unterzeichner der parlamentarischen Initiative zu einer nachhaltigen Sperrgutentsorgung bedanken sich. Das Pilotprojekt «Josy» ist wirkungslos, teuer und dient der Volkserziehung. Die Minderheit der Sachkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe (SK TED/DIB) lehnt beide Dispositivziffern ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Patrick Tscherrig (SP):** *Wir unterstützen die Idee dieser Zwischennutzung. Die Kreislaufwirtschaft ist nicht bloss aktuell und wichtig, sondern auch der Standort eignet sich dafür. In der Ablehnung hörten wir zwei sehr unterschiedliche Versionen. Dr. Emanuel Tschannen (FDP) scheint genau zu wissen, wie alles läuft und weshalb es nicht funktionieren soll, und Johann Widmer (SVP) findet, er habe zu wenige Informationen und alles sei unklar. Mit «Josy» wird die Chance genutzt, für vier Jahre auf dem Josefareal etwas zu errichten und Dinge auszutesten. Es ist lobenswert, wenn die Stadt vorangeht und Ideen ausprobiert. Sollte es keine Nachfrage geben, kann das Angebot angepasst werden. Dass nochmals ein Jahr für die Überarbeitung aufgewendet wird, kann nicht im Sinn von Johann Widmer (SVP) sein. Dies hätte einen langen Bericht und eine detaillierte Planung zur Folge, an der man sich vier Jahre strikt orientieren müsste – auch wenn Erfahrungen gemacht werden, die fortlaufend genutzt werden könnten. Es geht darum, Dinge auszuprobieren. Von der Verwaltung wird offen eingestanden, dass eventuell nicht alles funktioniert – das muss es auch nicht. Die SP unterstützt die Weisung.*

**Sibylle Kauer (Grüne):** *Um die Klimaziele der Stadt Zürich zu erreichen, ist die Verminderung von Abfällen durch Wiederaufbereitung, Reparatur und Wiederverwendung von Teilen notwendig. Auf dem Josefareal bietet sich die Gelegenheit, ein solches Projekt als Zwischennutzung für vier Jahre zu realisieren. Die Stadt will mit eigenen Projekten und Infrastrukturen aber auch unter Einbezug privater Institutionen die Kreislaufwirtschaft stärken und Erfahrungen sammeln. Wir Grüne begrüßen dies sehr. Es ist wichtig, nach dem Grundsatzentscheid zur Kreislaufwirtschaft mit einer Vielfalt konkreter Projekte Erfahrungen zu sammeln, die Bevölkerung mitzunehmen und mit guten Projek-*



ten zu einem anderen Verhalten mit unseren Ressourcen zu finden. Dass Ausleihgegenstände mit dem Auto abgeholt werden dürfen, ist aus unserer Sicht ein Schönheitsfehler. Das Projekt hat das Potenzial, die Lust auf Kreislaufwirtschaft zu wecken oder zu stärken, vor allem wenn spannende private Initiativen eingebunden werden können. Wir stimmen der Weisung zu und lehnen die Rückweisungsanträge ab.

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** Die Fraktion Die Mitte/EVP sieht das Pilotprojekt kritisch. Wir sind nicht sicher, ob es sich im grossen Stil durchsetzen wird. Dem Versuch wollen wir dennoch nicht im Weg stehen, um die Nachfrage abzuklären und die praktische Zusammenarbeit mit den Privaten zu testen. Dr. Emanuel Tschannen (FDP) weiss vermutlich genau so wenig wie ich, ob die Nachfrage vorhanden ist. Mit ihm einverstanden bin ich bezüglich unserer gemeinsamen Anfrage zur unterschiedlichen Behandlung der Kosten gleicher Entsorgungsthematiken. Dies sehe ich extrem kritisch. Dem muss nachgegangen werden, insbesondere bezüglich der geliebten Entsorgungscoupons. Im Tagblatt konnte heute gelesen werden, dass der Stadtrat die Zukunft der Stadt in der Reparatur sieht. Wir müssten also schnellstmöglich ins reparierte Rathaus zurückkehren.

**Beat Oberholzer (GLP):** Die GLP stimmt zu. Die Stimmung sieht bei uns jedoch ähnlich aus, wie sie Benedikt Gerth (Die Mitte) beschreibt. Wir haben das Projekt angesichts der hohen Kosten kritisch diskutiert, insbesondere auch das geplante Modul Ernährung, da es sich dabei nicht um einen Aufgabenbereich des ERZ handelt. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass ERZ die Kreislaufwirtschaft mit grossem Tatendrang angeht. Nicht alle Massnahmen der ausführlichen Umsetzungsagenda sind einfach umsetzbar, weil die Rahmenbedingungen stimmen müssen. Es ist sinnvoller, sich in Pilotprojekten an die Thematik heranzutasten, statt hastig Kreislaufwirtschaft zu befehlen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Simone Brander:** Vielen Dank für das Interesse an der Vorlage und die engagierte Diskussion. Die Vorlage ist so nüchtern gehalten, dass der Symbolcharakter des Projekts beinahe zwischen den Zeilen herausgelesen werden muss: Am Ort, wo die Stadt über hundert Jahre alles ins Feuer warf und als CO<sub>2</sub> in die Luft ausstiess, sollen in Zukunft nicht mehr benötigte Artikel eine zweite Chance erhalten. Wir wagen einen Versuch und setzen eine gewisse Hoffnung in die Zürcher\*innen, dass sie das Angebot nutzen werden. Es soll ein Ort werden, zu dem die Menschen immer mal wieder einen Abstecker einlegen. Die Kreislaufwirtschaft soll im Alltag der Menschen ankommen. Auch dem Areal kommt auf diese Weise ein temporärer Nutzen zu. Weil es sich um einen einladenden Ort handeln soll, passt er besser ins Quartier als es die Kehrichtverbrennungsanlage tat. Mit eurer Zustimmung schafft ihr einen wichtigen Schritt in der Umsetzung der Kreislaufstrategie. Können wir die Bevölkerung motivieren, ihre Gewohnheiten zu ändern, kommen wir unserem Netto-Null-Ziel etwas näher.



6 / 7

#### Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat innert 12 Monaten eine neue Weisung vorzulegen, in welcher der Betrieb ausgewiesen wird. Insbesondere, wie er die externen Stellen in den Bereichen Ausleihe, Reparatur und Besucherkommunikation koordinieren will und welcher Aufwand für die Koordinationsaufgaben anfallen wird. Es sollen auch die Betriebsrisiken transparent ausgewiesen werden.

Mehrheit:	Referat: Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Benedikt Gerth (Die Mitte), Dr. Davy Graf (SP), Christian Häberli (AL), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP), Dominik Waser (Grüne)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend:	Niyazi Erdem (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Der Ratspräsident beantragt die Streichung der Dispositivziffer 2, da die rückwirkende Anpassung des Budgets 2024 nicht zulässig ist. Der Ausgabenanteil für das Jahr 2025 wurde mit dem Novemberbrief eingestellt und bewilligt, womit über die Dispositivziffer 1 ohne eine weitere Budgetanpassung beschlossen werden kann.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten stillschweigend zu.

#### Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Benedikt Gerth (Die Mitte), Dr. Davy Graf (SP), Christian Häberli (AL), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP), Dominik Waser (Grüne)
Minderheit:	Referat: Dr. Emanuel Tschannen (FDP); Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend:	Niyazi Erdem (SP)



7 / 7

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Für das temporäre Angebot 2025–2028 für Kreislaufwirtschaft «Josy» werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 5 355 000.– bewilligt (Preisstand: April 2024 gemäss dem Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. März 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Mai 2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat